



Band 8. Die Besatzungszeit und die Entstehung zweier Staaten 1945-1961
OMGUS-Umfragen: Wie sehen die Deutschen den Lastenausgleich? (November 1948)

Der 1952 vom Deutschen Bundestag beschlossene Lastenausgleich, der die unterschiedlichen Kriegsbelastungen verschiedener Bevölkerungsgruppen durch eine Umverteilung von Vermögen ausgleichen soll, gehört zu den wichtigsten sozialpolitischen Maßnahmen der frühen Bundesrepublik. Erstmals angedacht wird das Konzept bereits 1948 im Zusammenhang mit der Währungsreform, um soziale Härten zu mildern und die Akzeptanz der sozialen Marktwirtschaft zu erhöhen. Die Umfrage in der amerikanischen Zone im November 1948 belegt, dass die Befragten über die Organisation des Lastenausgleichs nur ungenaue Vorstellungen haben, dem Konzept aber mehrheitlich zustimmen.

Wie sehen die Deutschen den Lastenausgleich?

Befragte: etwa 1500 Bewohner der Amerikanischen Zone, 250 West-Berliner und 150 Bremer.
Untersuchungszeitraum: November 1948 (12 Seiten).

Etwa drei Viertel der AMZON-Bevölkerung (73%) und der Bremer (76%) kannten die Bedeutung von „Lastenausgleich“, ein Begriff, der einen Politikansatz bezeichnete, mit dem die Kriegsverluste unter der Bevölkerung ausgeglichen werden sollten. In Berlin konnten allerdings nur 30 Prozent der Befragten eine befriedigende Definition des Begriffs geben. In Berlin und Bremen befürwortete eine überwältigende Mehrheit (91 Prozent bzw. 89 Prozent) die Programme; in der Amerikanischen Zone legten die Bevölkerung etwas weniger Enthusiasmus an den Tag (74%).

Mehr als die Hälfte der Befragten sprachen sich für eine sofortige Inangriffnahme des Programms aus, und mehr als acht von zehn waren davon überzeugt, dass es schließlich auch tatsächlich durchgeführt werden würde. Eine große Minderheit in der Amerikanischen Zone und in Berlin (43 bzw. 41 Prozent) und 50 Prozent in Bremen waren jedoch der Ansicht, eine faire Umsetzung sei unmöglich.

Flüchtlinge und Ausgebombte wurden am häufigsten als Personen genannt, die Nutznießer des Programms sein sollten. Fast ein Viertel (24%) der Befragten in der Amerikanischen Zone erwartete, auch selbst begünstigt zu werden; fast ein Drittel (32%) vermutete, selbst in den Lastenausgleich einzahlen zu müssen.

In der Amerikanischen Zone wussten nur 40 Prozent der Befragten, dass das Lastenausgleichsprogramm von deutschen Behörden ausgearbeitet werden würde. Unter denen, die über das Programm Bescheid wussten, wünschten sich 40 Prozent die Amerikaner als Vollzugsbehörde während nur 26 Prozent das Programm von deutschen Behörden durchgeführt sehen wollte. Die von der ersteren Gruppe genannten Gründe bezogen sich fast ausnahmslos auf die Vermutung, die Militärregierung würde gerechter und objektiver sein als deutsche Amtsträger. Das traf insbesondere auf jene zu, die erwarteten, eher von dem Programm zu profitieren als in es einzuzahlen.

Quelle: A. J. und R. L. Merritt, *Public Opinion in Occupied Germany, The OMGUS Surveys*. Urbana, IL, 1970, S. 287-88.

Übersetzung aus dem Englischen ins Deutsche: Erica Fisher